



Liebe Leserinnen
und Leser,

soziale Gerechtigkeit ist das Thema unserer Zeit. Für mich bedeutet das vor allem, den Menschen soziale Sicherheit zu geben. Darum geht es, wenn Martin Schulz und die SPD über Bürgerversicherung, Rentenkonzepte und gute Arbeit reden.

Vieles kann nur auf Bundesebene geändert werden. Wenn es aber um gute Arbeit geht, dann sollen unsere Verwaltungen und Landesunternehmen Vorbild sein. Deswegen werden wir nach den notwendigen Jahren des Sparens die Löhne im öffentlichen Dienst bis 2021 wieder an den Bundesdurchschnitt anpassen.

Genauso wichtig ist es, Leistungen der Daseinsvorsorge wieder in kommunaler Hand zu halten. Zum Beispiel bei der Charité: Wir werden das CFM-Servicepersonal in eine 100%-ige kommunale Tochter zurückholen und in einem ersten Schritt die Löhne auf 11 Euro anheben. Ab 2019 ist die CFM wieder kommunal und wir wollen schrittweise zu branchenüblichen Tarifen kommen.

Dieser Senat steht für gute Arbeit. Das haben wir versprochen. Das halten wir.

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister



Die SPD Berlin-Mitte und die Bundestagsabgeordnete Eva Högl (mittig) stehen geschlossen gegen rechte Hetze und für Solidarität mit Geflüchteten, wie hier bei einer Kundgebung gegen die rechtsextreme Gruppe „Identitäre Bewegung“ im Wedding.

Foto: Julian Zado

Mit Herz für Mitte

Eva Högl – eine starke Stimme für den Zusammenhalt in Mitte

Seit 2009 vertrete ich den Wahlkreis Berlin-Mitte im Deutschen Bundestag – als direkt gewählte Abgeordnete der SPD. Ich mache Politik für alle Menschen, die in Berlin-Mitte leben und arbeiten. Mit Herz für Mitte – das ist mein Motto.

Besonders am Herzen liegt mir der soziale Zusammenhalt, der Mitte so lebenswert macht. Unser Bezirk ist vielfältig und bunt. Hier trifft Ost auf West, Tradition auf Moderne, Industrie auf Kreativwirtschaft. In unseren Kiezen halten Menschen zusammen, egal woher jemand kommt, ob alt eingesessen oder neu zugezogen, Mann oder Frau, älter oder jünger. Mein Ziel ist es, diesen Zusammenhalt

zu stärken und gute Nachbarschaft zu fördern.

Gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt es nur mit einem sozialen Mietrecht. Wohnen darf kein Luxus sein. Niemand darf aufgrund steigender Mieten aus seinem Kiez verdrängt werden. Ich stehe an der Seite der Mieter*innen und engagiere mich für mehr bezahlbaren Wohnraum. Die Einführung der Mietpreisbremse und des Bestellerprinzips bei Maklerleistungen sowie die Erhöhung des Wohngeldes waren wichtige Schritte. Als nächstes möchte ich die Mietpreisbremse schärfen und Luxussanierungen einen Riegel vorschieben.

Sozialen Zusammenhalt gibt es nur durch Hilfe und Solidarität für die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Es steht für mich außer Frage, dass wir Menschen Schutz bieten, die vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen. Ich stehe für ein humanitäres Asylrecht und eine Willkommenskultur für Geflüchtete. Wir sind eine tolerante und weltoffene Gesellschaft, in der Menschenfeindlichkeit und Rassismus keinen Platz haben.

Sozialer Zusammenhalt entsteht dort, wo jede und jeder mitreden und mitentscheiden kann. Es kann nicht sein, dass Menschen jahrzehntelang mit uns zusammen leben und

dennoch nicht die Bezirksverordnetenversammlung wählen dürfen. Ich engagiere mich daher für mehr politische Teilhabe. Meine Ziele sind die generelle Akzeptanz von Mehrstaatlichkeit und die Einführung des Wahlrechts für lange in Deutschland lebende Ausländer*innen.

Hierfür möchte ich auch die nächsten vier Jahre im Deutschen Bundestag arbeiten. Mit ganzer Kraft und vollem Herz. Bei der Bundestagswahl am 24. September werbe ich daher um Ihre Unterstützung und Ihre Stimmen. Zwei Stimmen – für Eva Högl und die SPD. Zwei Stimmen – für gute Nachbarschaft und sozialen Zusammenhalt in unseren Kiezen.

Eva Högl

IN DIESER AUSGABE

BEZAHLBARE MITTE

Was unseren Bezirk bewegt – Stadtrat Gothe im Interview

Seite 2

LASIC UND WILDENHAIN-LAUTERBACH

Für gute Schulen und Kiezkultur im Bezirk

Seiten 2+8

FLUGHAFEN TEGEL

Warum die Offenhaltung fatal wäre

Seite 7

AFRIKANISCHES VIERTEL

Die Namensfindung geht weiter

Seite 8

FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR BRIEFWAHL

Ab dem 14. August werden die Wahlbenachrichtigungskarten für die Bundestagswahl verschickt. Auf der Kartentrückseite befindet sich der Antrag zur Wahl per Brief. Auch online kann dieser bei den Bezirkswahlämtern gestellt werden. Doch was gibt es bei der Briefwahl überhaupt zu beachten?

Muss ich einen Grund für die Briefwahl angeben?
Nein.

Wie viele Stimmen habe ich?
Zwei. Auf der linken Seite des Stimmzettels wählen Sie mit der Erststimme einen Direktkandidaten aus Ihrem Wahlkreis. Rechts kreuzen Sie mit der Zweitstimme die Landesliste einer Partei an und bestimmen so das Kräfteverhältnis im Bundestag.

Und dann?
Nach erfolgter Wahl kommt der Stimmzettel in den blauen Umschlag. Danach unbedingt die eidesstattliche Erklärung unterschreiben (Ort und Datum nicht vergessen). Blauer Umschlag und Wahlschein kommen in den roten Umschlag. Der Brief muss innerhalb Deutschlands nicht frankiert werden.

Kann ich aus dem Ausland per Brief wählen?
Ja, hier muss der Brief ausreichend frankiert sein und spätestens am 24. September um 18 Uhr beim zuständigen Bezirkswahlamt vorliegen. Am besten per Luftpost versenden.

Gerechtigkeit. Zukunft. Europa.

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

vieles läuft gut in unserem Land und das verdanken wir den Menschen, die sich reinhängen und die sich engagieren. Dafür haben sie Respekt verdient, egal ob sie Busse fahren, auf unsere Kinder aufpassen oder uns medizinisch versorgen. Nicht immer geht es gerecht zu – und das wollen wir ändern!

Gerechtigkeit zu schaffen, heißt Politik zu machen, die bei den Menschen ankommt. Mir ist es wichtig, dass wir die zentralen Fragen unserer Zeit endlich

mutig anpacken! Dass wir gerechte Bildungschancen schaffen und den Wandel im Alltag und in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung zu einem Erfolg machen. Dass wir die Rente sichern, ohne die junge Generation über Gebühr zu belasten.

Die SPD hat ein umfangreiches Regierungsprogramm verabschiedet. Wir liefern Lösungen, Vorschläge, Ideen. Das unterscheidet uns von so manch anderer Partei, die für sich einen Regierungsanspruch erhebt, aber in Wirklichkeit seit Jahren nur den Status quo verwaltet.



Foto: Benno Kraehahn

Lassen Sie uns anspruchsvoll sein. Lassen sie uns investieren: in Schulen, Straßen, Forschung, schnelles Internet und in neue Wohnungen. Es geht auch

um unsere Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen. Unsere Kinder haben ein gutes Leben in Sicherheit verdient – mit einer sauberen Umwelt, einer lebendigen Demokratie und mit Perspektiven für ihr eigenes Leben.

Lassen Sie uns gemeinsam für mehr Gerechtigkeit sorgen, die Zukunft gestalten und für ein besseres Europa kämpfen.

Ihr Martin Schulz

Das Regierungsprogramm der SPD finden Sie auf www.spd.de/programm

„Mitte muss bezahlbar für alle bleiben“

Was Stadtrat Ephraim Gothe für den Bezirk plant

Das neue Bezirksamt Mitte arbeitet nun seit gut einem halben Jahr. Ephraim Gothe (SPD) ist Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit. Der 53-Jährige hat sein Büro im Rathaus Wedding an der Müllerstraße und ist dort auch stellvertretender Bezirksbürgermeister.

Für das Stadtblatt erzählt er von seinem Arbeitsalltag und den alten und neuen Herausforderungen im Bezirk Mitte.

Stadtblatt: Sie haben schon einmal bis 2010 als Stadtrat hier im Rathaus Wedding gearbeitet. Der Blick auf die Müllerstraße ist der gleiche, hat sich trotzdem etwas verändert?

Ephraim Gothe: Das direkte Umfeld hat sich tatsächlich verändert. Gleich neben dem Rathaus hat der Bezirk die neue Schillerbibliothek als große neue Stadtteilbibliothek errichten können, gefördert aus dem Städtebauförderprogramm „Aktive Zentren“, das uns helfen soll, die Müllerstraße als lebendiges, liebenswertes, vielfältig genutztes Quartierszentrum zu reaktivieren.

S: Und die Baustelle hier gleich zwischen Rathaus und der Schillerbibliothek?



E.G.: Hier entsteht gerade der neue Rathausvorplatz, der Bibliothek, JobCenter und Rathaus verbindet, die neue Außenterrasse des Caférestaurants lädt bereits mit großen Sonnenschirmen zu Tee und Kaffee ein. Der Platz soll nach dem Weddinger Arbeiterhepar Elise und Otto Hampel benannt werden, dem Hans Fallada in seinem Roman „Jeder stirbt für sich allein“ ein Denkmal gesetzt hat.

S: Hier im Rathaus Wedding sitzt auch das Sozialamt des Bezirks, von dem es heißt, es sei das größte Deutschlands. Hat die Arbeit mit dem Sozialamt Ihre Perspektive auf den Bezirk verändert?

E.G.: Ja, auf jeden Fall. Es zeigt, dass wir in einem Bezirk enormer Gegensätze leben: Auf der einen Seite haben wir einen Bundestag und ein Finanzministerium, in denen die Steuermilliarden der größten Wirtschaftsmacht Europas verteilt werden, auf der anderen Seite reicht unser Sozialamt Jahr für Jahr 460 Millionen Euro an die Haushalte in unserem Bezirk weiter, die ohne diese Unterstützung nicht auskommen würden. Wir haben mit der Humboldt Universität eine der berühmtesten Hochschulen in unserem Bezirk und gleichzeitig müssen wir feststellen, dass nur 40 Pro-

zent unserer Schülerinnen und Schüler das Abitur schaffen, das ist wirklich bedrückend.

S: Welche Herausforderung ist die Größte für Mitte in den nächsten Jahren?

E.G.: Ganz klar, das Bevölkerungswachstum in Berlin. Mitte ist nämlich mit 50.000 Menschen in zehn Jahren der am stärksten wachsende Bezirk. Vor allem die besonders starke Gruppe der 25- bis 35-Jährigen wird glücklicherweise Kinder bekommen, die wir zu der ohnehin steigenden Geburtenrate hinzurechnen müssen. Mit anderen Worten: Kitas, Schulen, Jugendfreizeitanlagen, Musikschulen müssen

erweitert oder gar neu gebaut werden. Hinzu kommt, dass mit der wachsenden Bevölkerung auch unsere Verwaltung wächst und unsere Rathäuser aus allen Nähten platzen.

S: Und was ist daran so dramatisch? Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen rechnet doch mit starken Steuerüberschüssen, die neben der Schuldentilgung auch für Investitionen in die Infrastruktur genutzt werden können?

E.G.: Ja, das ist völlig richtig. Gerade unser Bezirk weist die meisten Firmengründungen im digitalen Bereich auf. Auch die Beschäftigten im Tourismusbereich werden mehr. Die Herausforderung besteht zum einen im Bauen selber. Unser Hochbauamt ist für diese vielen Bauaufgaben nicht gerüstet und muss personell verstärkt werden, plus der noch abzuarbeitende große Sanierungsstau vor allem an unseren Schulen, der durch den Sparzwang der letzten 15 Jahre entstanden ist. Und, es fehlen die Flächen zum Bauen.

S: Ein Thema, das viele bewegt sind die steigenden Mieten, Gentrifizierung und Woh-

nungsneubau. Zeichnet sich hier eine Entspannung ab?

E.G.: Nein, leider nicht. Der neue Mietspiegel wie auch die Angebotsmieten, die bei Neuvermietung von Wohnungen aufgerufen werden, zeigen eine weitere Anspannung des Wohnungsmarktes. Wir haben im letzten Jahr fünf Millieuschutzgebiete in Moabit und im Wedding ausgewiesen, um Modernisierung und damit Mietanstieg im Wohnungsbestand zu bremsen und untersuchen jetzt weitere Gebiete, beispielsweise Tiergarten Süd und den Soldiner Kiez. Wichtig ist auch der preiswerte Wohnungsneubau vor allem mit unseren Städtischen Wohnungsbaugesellschaften und den Genossenschaften. Nur 24.000 der rund 200.000 Wohnungen in Mitte gehören der Stadt. Das sind in einem Bezirk, der zusammen mit Neukölln die meisten sozial schwachen Haushalte aufweist, viel zu wenige. Ich kämpfe daher um jedes Bauprojekt. Unser Bezirk soll für alle bezahlbar bleiben. Das gelingt nur in ganz wenigen Innenstädten in Europa. Die Berliner Innenstadt soll dazu gehören.

Gerechte Rente

Die SPD legt ihr Rentenkonzept vor

Rente mit 70? Das schließt die SPD aus. Und auch in anderen Fragen der Rentenpolitik haben der Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, und Arbeitsministerin Andrea Nahles, klare Positionen. Damit legt die Sozialdemokratie vor, Schweigen bislang von der Union.

Was plant die SPD nun? Zunächst legt sie sich fest: Das Rentenniveau – also das, was am Ende vom Lohn im Geldbeutel der Rentner bleibt – wird bis 2030 bei mind. 48 % eingefroren. Genauso geschieht es mit dem Beitragssatz von 22 %. Dahinter steckt nicht weniger als die Gerechtigkeitsfrage: Wer hart

gearbeitet hat, soll davon noch etwas haben. Und die Arbeitenden heute sollen nicht über Gebühr belastet werden.

Wie das bis mindestens 2030 finanziert werden soll, sagt die SPD auch: In einer Übergangszeit wird mehr Geld aus Steuereinnahmen verwendet. Deutschland geht es gut. Davon muss auch die Bevölkerung profitieren. Dass es zur Stabilisierung des Rentensystems eines umfassenden Reformprogramms bedarf, sagt die SPD auch und nimmt hier die Arbeit auf.

Dabei verlieren die Sozialdemokraten jene nicht aus dem Blick, die durch Krankheit, Firmen-

schließungen und andere Schicksalsschläge im Alter unverschuldet jeden Cent umdrehen müssen. Die Solidarrente, für die die SPD kämpft, soll z.B. Geringverdiener unterstützen. Selbstständige sollen durch das Einzahlen in die Rentenkasse auch im Alter abgesichert werden und durch die Angleichung der Ost- an die Westrenten ist endlich ein großes Stück Ungerechtigkeit behoben worden.

Die Rente ist kein Thema nur für Ältere, sondern es muss vor allem die Jungen interessieren. Generationengerechtigkeit bedeutet, beide in den Blick zu nehmen.

Josephine Steffen

Mitte wächst – aber wohin?

Mehr Menschen ziehen nach Mitte – die Infrastruktur muss mitwachsen

Mitte wächst. Der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Ephraim Gothe (SPD), geht von einem Wachstum von weit über 5 % Einwohnerinnen und Einwohner bis zum Jahr 2020 aus. Am stärksten wird der Bezirk im Regierungsviertel und am Alexanderplatz hinzugewinnen.

Es braucht deshalb – auch in der Innenstadt – mehr Wohnungen. Nur so können steigenden Mieten und damit der als „Gentrifizierung“ bezeichneten Verdrängung von nicht ganz

so wohlhabenden Berliner Familien entgegengewirkt werden. Aber wo Wohnungen gebaut werden und künftig mehr Menschen wohnen, muss auch die öffentliche Infrastruktur – Schulen, Sportflächen, Kitas, aber auch wohnungsnahes Grün – mitwachsen.

Der Bezirk Mitte hat eine Prognose erarbeitet – das „soziale Infrastrukturkonzept“. Es zeigt: Die bisherigen Planungen reichen nicht aus. Es fehlen Flächen, vor allem um Kinder und Jugendliche mit Angeboten zu versorgen. Und es fehlen



Giovanni Gagliardi/stockvault

Grünflächen. Das „soziale Infrastrukturkonzept“ weist zusätzlich 23 Flächen aus, die nunmehr für die benötigten Infrastrukturangebote geplant werden können. Doch alles kann damit nicht abgedeckt werden.

Es bleibt viel zu tun: Wie beschaffen wir genug Flächen für neue Gebäude? Woher kommt das Personal für die Durchführung der Maßnahmen? Woher das Geld? Darüber wird die SPD Mitte in Zukunft weiter diskutieren.

Sabine Smentek und Julian Zado

MAJA LASIC – 200 TAGE FÜR DEN WEDDING IM ABGEORNETENHAUS

SCHON WAS ERREICHT?

Ihre Abgeordnete zu sein, ist für mich mehr als einfach gute Arbeit als bildungspolitische Sprecherin zu machen. Natürlich setze ich mich auch mit Leidenschaft für einen schnellen Ausbau der Schulplätze und eine Verbesserung der Qualität an Berliner Schulen ein.

Als Ihre direkt gewählte Abgeordnete für den südlichen Wedding ist es jedoch meine wichtigste Aufgabe, mich für Ihre großen und kleinen Anliegen vor Ort einzusetzen. Und hier gibt es eine Menge zu tun! An manchen Stellen muss man dicke Bretter bohren – zum Beispiel wenn es um mehr Schulen und schnellere Sa-



nierung für den Wedding geht. An anderer Stelle sind die Erfolge bereits sichtbar: Der degewo-Neubau im Brunnenviertel wird mehr bezahlbaren Wohnraum anbieten, die Gesobau-Modernisierung im Sprengelkiez wird erst nach zwei Jahren beginnen, so dass Mieter*innen nicht direkt Mieterhöhungen befürch-

ten müssen. Bei dem Standort für das Himmelbeet ist man dabei einvernehmliche Lösungen zu finden. Für all dies sind viele Gespräche und gemeinsame Anstrengungen notwendig gewesen. Die Erfolge zeigen: Der Einsatz lohnt sich!

Hinzu kommen viele kleinere Anliegen der Bürgerinnen und Bürger: Die erfolgreiche Entfernung illegaler Mülltonnen, Gespräche mit der BSR bezüglich Sperrmüll, Zebrastrifen vor Schulen, Fragen rund um das Aufenthaltsgesetz – die Liste ist schier unendlich! Viel Arbeit, aber nur so erhalten wir einen „Wedding für alle“. Ich bleibe dran, habe auch für Sie ein offenes Ohr und freue mich auf die nächsten Jahre!

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken
(Seite 1 unten, 3, 4, 5, 6)

Herausgeber:
SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Anett Seltz
(V.i.S.d.P.), Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion der Landesseiten:
Christina Bauermeister, David Hiller,
Ulrich Horb, Birte Huizing, Gunter Lange,
Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen

Bezirksseiten Mitte
(Seiten 1 oben, 2, 7, 8)

Herausgeber:
SPD Berlin-Mitte
Müllerstraße 163
13353 Berlin
V.i.S.d.P.: Boris Velter (Kreisvorsitzender)
Redaktion der Bezirksseiten:
Matthias Schulz, Josephine Steffen,
Frank Boermann
Satz & Grafik: Nike Marquardt

Rätselestellung: Ulrich Schulte Döinghaus
Grafik: Hans Kegel, Charly Hall
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

„Damit die Enkel ooch noch wat kriegen“

Ein Gespräch zweier Generationen über die Rente

Die Pankowerin Irmgard Schneider* (78) hat mit 14 Jahren ihre Ausbildung bei der DDR-Post angefangen, danach „durchjeackert“, bis sie 1999 mit 60 in Rente ging. Das Niveau ihrer Rente betrug damals ca. 50 Prozent ihres Verdienstes.

Ihr Enkel David H. (27) hat gerade seinen Job nach der Uni angefangen und würde nach geltendem Recht bei seinem Renteneintritt in 40 Jahren nur gut 40 Prozent seines Verdienstes bekommen.

Ein Gespräch über Renten-gerechtigkeit.



Wie sieht die Rente der Zukunft aus? David im Gespräch mit seiner Oma.

Foto: Christina Bauermeister

SB: Finden Sie das jetzige Rentensystem gerecht?

Irmgard Schneider: Nein. Die heutige Generation hat doch gar nicht mehr die Chance, 40 Jahre in einem Beruf zu bleiben.

David H.: Das stimmt. Meine Generation hat mehr Unterbrechungen im Arbeitsleben, etwa durch die Suche nach dem ersten Job nach dem Uniabschluss, befristete Arbeitsverträge oder weil man einfach mal eine Auszeit braucht. Das schlägt sich natürlich später in der Rentenhöhe nieder.

SB: Die SPD will die Rente wieder verlässlich machen – mit einem gesicherten Rentenniveau von 48 Prozent und einer Begrenzung des Rentenbeitragssatzes auf max. 22 Prozent. Halten Sie das für eine gute Lösung?

Irmgard: Das Konzept ist schon gut durchdacht. Aber lässt sich das auch finanzieren?

David: Wenn in gut zehn Jahren die „Babyboomer“ in Rente gehen, verändert sich das Verhältnis von Renteneinküfern und Beitragszahlern deutlich. Die SPD

will diese „Lücke“ durch einen steuerfinanzierten Zuschuss schließen. Das macht Sinn. Keinen Sinn machen für mich immer höhere Beiträge, so dass vom Lohn kaum noch etwas übrig bleibt.

Irmgard: Gerade diejenigen, die kein großes Einkommen haben, sind auf eine verlässliche und auskömmliche staatliche Rente angewiesen. Mein anderer Enkel ist Pfleger und hat zwei Kinder. Er kann gar nicht nebenher noch privat vorsorgen.

SB: In der Union wird ge-

rade über die Rente mit 70 nachgedacht ...

Irmgard: Das ist für mich Spinnerei. Das ist gar nicht möglich. Die Menschen sind so ausgepowert und zwar nicht nur jene, die schwer körperlich arbeiten müssen.

David: Zu den Veränderungen in der Arbeitswelt gehört auch zunehmender Druck und Stress. Eine Rente mit 70 finde ich deshalb ziemlich utopisch.

SB: Können Sie junge Leute verstehen, die sagen, dass sie kein Vertrauen mehr in die Rente haben?

Irmgard: Das kann ich nachvollziehen. Ich komme mit meiner Rente von 1.500 Euro monatlich sehr gut aus. Meine drei Enkel wissen ja nicht mehr, ob sie am Ende überhaupt noch etwas kriegen.

David: Ich selbst habe das Vertrauen in die staatliche Rente verloren. Ich würde mir das Konzept der SPD wünschen. Dann würde ich die Abzüge auf dem Lohnschein für die Rente wieder positiver wahrnehmen. Natürlich wäre ein höheres Rentenniveau als 48 Prozent

wünschenswert, aber dann wird es mit der Finanzierung schwierig. Heute finanziere ich – bildlich gesprochen – zusammen mit meinem Cousin Omas Rente.

Irmgard (unterbricht): Die habe ich mir alleine verdient.

David (lacht): In Zukunft wird sich das Verhältnis komplett umdrehen. 2040 wird jeder Dritte in Deutschland selbst Rentner sein.

CB

* Name geändert

DAS RENTENKONZEPT DER SPD KURZGEFASST:

- **Garantiertes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent bis 2030**
- **Begrenzung des Beitragssatzes auf 22 Prozent bis 2030**
- **Mit dem steuerfinanzierten Demografiezuschuss werden auch höhere Einkommen angemessen an der Finanzierung beteiligt.**
- **Einführung einer gesetzlichen Solidarrente für langjährig Beschäftigte (35 Beitragsjahre oder länger), die 10 Prozent über dem durchschnittlichen Grundversicherungsanspruch am Wohnort liegt**
- **Einbeziehung bisher nicht versicherter Selbstständiger**

„Sicherheit ist das Fundament für soziale Gerechtigkeit“

Innensenator Andreas Geisel im Stadtblatt-Interview zur inneren Sicherheit

SB: Herr Geisel, wie lassen sich aus Ihrer Sicht die Themen Sicherheit und Gerechtigkeit miteinander verbinden?

Andreas Geisel: Beide Themen sind eng miteinander verbunden. Sicherheit darf niemals nur eine Sache für einige Wenige sein, die sie sich leisten können. Der Staat hat die Aufgabe, alle zu schützen – unabhängig vom Einkommen. Sicherheit ist das Fundament für soziale Gerechtigkeit.

Die SPD will in der aufgeheizten Debatte zur inneren Sicherheit die Stimme der Vernunft sein und fordert Sicherheit mit Außenmaß. Die Union fordert vor allem härtere Gesetze, gerade bei den Themen Terrorabwehr und Videoüberwachung. Gewinnt am Ende derjenige, der lauter schreit?

Am Ende gewinnt immer die Vernunft. Nach jedem Anschlag wird reflexhaft nach „Mehr“ gerufen: Mehr Härte, Mehr Gesetze, Mehr Videoüberwachung. Ich plädiere dafür, nicht immer nur nach Mehr zu rufen, sondern vor allem nach dem „Wie“ zu fragen. Wie schaffen wir es, in Zeiten des



Innensenator Andreas Geisel

Foto: SenInnSport / Bernhardt Link - Farbtonwerk

Terrors eine Sicherheitspolitik zu machen, die uns schützt und uns gleichzeitig nicht die Luft zum Atmen nimmt. Sicherheit mit Außenmaß trifft es ganz genau.

Bundesweit sollen laut SPD-Wahlprogramm 15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern geschaffen werden. Würde diese Aufstockung helfen, um die Präsenz der Polizei etwa in den Berliner Wohnquartieren wieder zu erhöhen?

Ja, auf jeden Fall. Ganz klar brauchen wir mehr Polizistinnen und Polizisten. Gerade in einer wachsenden

Stadt wie Berlin. Und auch genau da, wo die Menschen sie brauchen: Als Ansprechpartner in den Kiezen. Wir sind gerade in den Haushaltsberatungen, um einen Ausbau der Polizei auch finanziell abzusichern. Ich bin da guter Dinge, dass uns das auch gelingt.

Zugenommen hat in Berlin laut Kriminalitätsstatistik vor allem die Kriminalität in Bussen und Bahnen. Was tut der Senat dagegen?

Richtig ist: Straftaten nahmen im ÖPNV im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr zu. Das lag insbesondere an der

Steigerung beim Taschendiebstahl. Allerdings, und das ist die gute Nachricht, sanken die Delikte mit Gewaltcharakter. Dieser Trend soll sich fortsetzen. Ich setze hier große Hoffnung auf die von mir wieder ins Leben gerufenen gemeinsamen Streifen von BVG und Polizei.

Beim Thema Videoüberwachung werden oft die Argumente einer besseren Aufklärung und Verfolgung von Straftaten gegen Datenschutz- und Persönlichkeitsrechte ausgespielt. Welchen Weg geht Berlin in dieser Frage?

Berlin wird temporär und anlassbezogen Videoüberwachung einsetzen. Das heißt, dass wir nicht die gesamte Stadt mit Videokameras überziehen werden, sondern dort, wo es notwendig ist. Wir haben das beim Kirchentag getan, als Hunderttausende auf den Plätzen in Berlin unterwegs waren. Dort war es richtig und angemessen. Nehmen Sie London – die vermutlich bestüberwachte Stadt der Welt – ist nicht sicherer geworden.

Fragen: C. Bauermeister

Stichwort: Bürgerversicherung

Für Gesundheit und Pflege soll es künftig eine Bürgerversicherung für alle geben. Das fordert die SPD in ihrem Wahlprogramm. Doch was bedeutet das?

Warum ist eine neue Versicherung nötig?

Gesetzlich Versicherte und privat Versicherte werden heute unterschiedlich behandelt. Die Bürgerversicherung beendet diese Zweiklassen-Medizin. Bislang nimmt die private Krankenversicherung vor allem jüngere, gesunde Versicherte mit höheren Einkommen auf und kann ihnen deshalb niedrigere Beiträge bieten. Das ist kein solidarischer System. In der Bürgerversicherung sind alle Mitglied, egal ob angestellt, verbeamtet oder selbständig. Alle werden gleichbehandelt. Ärzte erhalten für jeden Patienten die gleiche Vergütung. Die Kosten werden wieder paritätisch zwischen Versicherten und Arbeitgebern aufgeteilt, der Zusatzbeitrag für Versicherte entfällt.

Was muss ich tun, um in die Bürgerversicherung aufgenommen zu werden?

Wer gesetzlich versichert ist, kommt automatisch in die Bürgerversicherung. Für Beamtinnen und Beamte wird ein spezieller Tarif ge-

schaffen, um die bisherige Beihilferegelung fortzuführen. Alternativ dazu können auch öffentliche Arbeitgeber künftig die Hälfte des Kas senbeitrags zahlen. Privat Versicherte können freiwillig in die Bürgerversicherung wechseln.

Wird die Bürgerversicherung für mich teurer?

Die Bürgerversicherung entlastet Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Familien, Rentner und Geringverdiener durch niedrigere Beitragssätze. Das wird möglich, weil bislang privat Versicherte mit höheren Einkommen dann in die Bürgerversicherung einzahlen. Zusätzlich werden andere Einkünfte – etwa hohe Zinseinnahmen oder Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit – beitragspflichtig. Ehegatten und Kinder ohne eigenes Einkommen sind in der Bürgerversicherung kostenfrei mitversichert.

Die SPD regiert doch mit. Warum hat sie das nicht längst umgesetzt?

Die SPD konnte als Juniorpartner in der Großen Koalition in den Verhandlungen nur einen Teil ihrer Ziele durchsetzen. Die Bürgerversicherung scheiterte am Widerstand der CDU.

U. Horb

MELDUNGEN

**PREISWERTE
WOHNUNGEN
AUF DEM
DRAGONER AREAL**

Mit dem neuen Hauptstadtvertrag zwischen der Bundesregierung und dem Senat erhält Berlin vom Bund ab 2018 jährlich 50 Millionen Euro mehr für die Bereiche Sicherheit, Infrastruktur und Kultur.

In dem Vertrag verständigen sich Berlin und der Bund zudem auf den Tausch wichtiger Immobilien. Unter anderem geht das Kreuzberger Dragoner Areal am U-Bahnhof Mehringdamm in den Besitz Berlins über. Damit ist eine Privatisierung des 47.000 Quadratmeter großen Grundstücks vom Senat abgewendet worden. Stattdessen sollen dort nun vor allem preiswerte Wohnungen entstehen.

Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) sagte, Berlin plane 500 bis 800 Wohnungen auf dem Areal. Zwischen 30 und 50 Prozent der Unterkünfte sollen Sozialwohnungen werden. Dazu der Regierende Bürgermeister Michael Müller: „Das ist von besonderer Bedeutung, da der Berliner Senat damit sein festgelegtes Ziel, der Entwicklung preisgünstigen Wohnens und Arbeitens an diesem Standort, verwirklichen kann.“

**KEINE
EXTRA-GEBÜHREN
IN KITAS**

Ab 2018 ist der Kita-Besuch für alle Altersgruppen an Berlins Kitas gebührenfrei. Dennoch ist es in vielen Kitas mittlerweile üblich, dass Eltern – etwa für zusätzliche Sprach- oder Sportangebote – Zuzahlungen leisten.

„Diese Fehlentwicklung will ich nicht hinnehmen. Wir wollen kein Zwei-Klassen-Kita-System, bei dem die finanziell Schwachen das Nachsehen haben“, so Bildungssenatorin Sandra Scheeres. Deshalb plant sie eine Änderung des Kinderförderungsgesetzes.

Konkret sollen für die Zuzahlungen Obergrenzen festgelegt werden. Außerdem sollen die Träger verpflichtet werden, zuzahlungspflichtige Angebote zu melden. Das bedeute nicht, dass nun alle Zusatzangebote in Kitas verboten würden, stellt Scheeres klar. Auch in Zukunft darf es Angebote von Dritten in Kitas geben. Die Voraussetzung ist immer, dass Eltern dies wünschen.

Schluss mit dem Lärm Berlin als smarte Stadt

Ein NEIN beim Volksentscheid zu Tegel entlastet 300.000 Menschen von Lärm und Schmutz



Ein Airbus kurz vor der Landung in Tegel; aufgenommen in der Nordlichtstraße.

Foto: Christina Bauermeister

Daniela Zielinski steht am Gartenzaun ihres Einfamilienhauses in der Nordlichtstraße in Berlin-Reinickendorf und versteht ihr eigenes Wort nicht. Gerade ist wieder ein Flugzeug in weniger als 50 Metern Höhe mit knapp 200 Stundenkilometern über die Siedlung gerauscht. Nur wenige Meter sind es von der Nordlichtstraße bis zur Landebahn des Flughafens Tegel.

Der Lärmpegel, den das Flugzeug verursacht, steigt zeitweise auf mehr als 90 Dezibel. Das entspricht der Lautstärke eines Benzinrasenmähers aus zwei Metern Entfernung. „Zumindest fliegen die Flugzeuge nicht direkt über unser Haus“, sagt Daniela Zielinski, die einen zweijährigen Sohn hat. Spielt der Junge draußen im Sand-

kasten, sieht er die Flieger knapp über die Nachbardächer rauschen.

Als Daniela Zielinski zusammen mit ihrem Mann vor zehn Jahren in die direkte Nachbarschaft des Flughafens zog, taten sie dies in der Erwartung, dass Tegel in naher Zukunft schließen würde. Nun hoffen sie, dass an der Entscheidung nicht gerüttelt wird und Tegel spätestens ein halbes Jahr nach der Eröffnung des BER schließt.

„Ich wäre schon sehr glücklich, wenn der Flughafen endlich weg wäre“, sagt Daniela Zielinski. Die junge Familie ist ein Beispiel für die 300.000 Berlinerinnen und Berlinern, die von starkem Lärm und Feinstaub betroffen sind und deren Lebensqualität sich nach der Schließung Tegels unmittelbar verbessern würde.

Statt dröhnender Flugzeugturbinen würde Familie Zielinski nach Ende des Flugbetriebs auf einem Teil des Flugfeldes Vogelgezwitscher und Kinderlachen hören. Denn das Nachnutzungskonzept des Senats sieht u.a. einen 250 Hektar großen Stadtpark vor, der für ein besseres Stadtklima sorgt. Ebenfalls ist ein Forschungs- und Industriepark geplant, wo Gründer, Studierende, Industrielle und Wissenschaftler zusammen die Stadt von morgen gestalten. Voraussichtlich entstehen hier bis zu 20.000 Arbeitsplätze. Zudem werden auf dem Gelände bis zu 9000 Wohnungen entstehen. Die Hälfte davon sind landeseigene Wohnungen mit günstigen Mieten.

Trotzdem wird es auf Initiative der Berliner FDP am 24. September einen nicht verbindlichen Volksentscheid über die Frage geben, ob Tegel offen bleiben soll. Sie argumentiert dabei vor allem mit der schnellen Erreichbarkeit von Tegel.

Daniela Zielinski kann darüber nur den Kopf schütteln. „Wie oft fliegt man denn? Wir maximal zweibis drei Mal im Jahr. Dafür nehmen einen etwas längeren Anfahrtsweg gern in Kauf“. Sie wird deshalb am 24. September beim Volksentscheid mit Nein zur Offenhaltung stimmen.

C. Bauermeister

Digitalisierung schafft Arbeitsplätze. Berlin als Gründerhauptstadt kann stolz auf die vielen Startups sein, die sich hier ansiedeln, um mit innovativen Geschäftsmodellen Berlins Wirtschaft voranzubringen.

Berlin wird nur dynamisch und attraktiv bleiben, wenn wir den Wandel gestalten und uns beherzt auf die digitale Zukunft vorbereiten. Ein Schlüssel dafür sind unsere exzellenten Hochschulen und die einzigartige Forschungslandschaft. Wir werden diesen Rückenwind nutzen, denn Berlin ist nicht mehr „arm, aber sexy“, Berlin ist „smart und innovativ“.

Für die neuen Jobs brauchen wir Fachkräfte. Gemeinsam mit Wirtschaft und Politik müssen wir mit einer Fachkräftestrategie dafür Sorge tragen, dass eine Abwanderung von Produktion nicht durch den Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften begründet werden kann. Die Vermittlung von digitalen Kompetenzen ist essentiell, wenn wir Berlin für die Zukunft gut aufstellen wollen.

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern, den Hochschulen und der Wirtschaft, werden wir Berlin als „smarte Stadt“ zum bundesweiten Impulsgeber der Digitalisierung machen.



Der Regierende Bürgermeister und Landesvorsitzende der SPD Berlin diskutierte am 27. Juni auf einer Wirtschaftskonferenz im Willy-Brandt-Haus über das Thema „Digitalisierung als Motor für Berlins Wirtschaft“.

Foto: Christina Bauermeister

Der dritte Weg zwischen Kaufen und Mieten

Jede/r neunte Berliner/in wohnt in der Genossenschaft, und das will der Senat nun verstärkt fördern

In Berlin drehen sich die Baukräne. Neue Wohngebiete entstehen, und die Erwartung, dass sich der Wohnungsmarkt bald entspannt, ist berechtigt. Doch nicht alles, was neu entsteht, hilft Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Dies hat der neue Senat erkannt und sofort begonnen, gegenzusteuern.

Im Koalitionsvertrag werden drei Adressaten für neuen bezahlbaren Wohnraum genannt, die besonders gefördert werden: „Die landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaften, aber auch Genossenschaften und innovative Wohnprojekte.“ Eine Bedingung gilt dabei: Dass der Anteil von Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung bis zu 30 Prozent der Wohnfläche beträgt. Hier können die Genossenschaften mithalten. Berlin ist nicht nur eine Mieterstadt, sondern auch eine Metropole des solidarischen Wohnens. Jede/r neunte BerlinerIn wohnt in



Die neue bbg-Wohnanlage „Carls Blüte“ in Karlshorst bietet Platz für 168 Wohnungen

Foto: Ulrich Rosenbaum

einer Genossenschaftswohnung.

Schon 1886 wurde Berlins erste Baugenossenschaft von Facharbeitern, Handwerkern und Beamten gegründet, die ihr Geld zusammenlegten, um modern, menschengerecht und dennoch günstig zu bauen: die Berliner Baugenossenschaft eG. Die bbg ist heute mit mehr als 7.000 Wohnungen in 85 Anlagen eine der größten Genossen-

schaften Berlins. Das Grundprinzip ist geblieben: Wer eine Wohnung haben möchte, zahlt zum Beispiel für 3.000 Euro Genossenschaftsanteile ein. Dann ist er nicht Mieter, sondern Mitglied und „Nutzer“. Er hat ein Dauernutzungsrecht auf Lebenszeit und kann bevorzugt eine kleine oder größere Wohnung bekommen, wenn sich die Lebensverhältnisse ändern.

Wir sprachen mit Jörg Wollenberg, Vorstand der bbg: „Unsere Wohnungen sind günstig, nicht billig. Wir erhöhen nur, wenn es wirtschaftlich unausweichlich ist. Derzeit sind für uns 10 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter die Oberkante im Neubau. Aber die Vielzahl der Wohnungen im Bestand liegen unter 6,50 Euro.“

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller hatte den Genossenschaften versprochen, ihnen Zugang zu öffentlichen Grundstücken zu verschaffen. Derzeit wird zwischen Bausenatorin Katrin Lompscher (Linke), Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) mit den Baugenossenschaften verhandelt, damit eines nicht passiert, was Wollenberg von der bbg so ausdrückt: „Wir wollen nichts geschenkt haben, aber wir möchten auch nicht zwischen städtischen Gesellschaften und finanzkräftigen Investoren in die Röhre gucken.“

Und damit das nicht passiert, könnte es so laufen:

Die Baugenossenschaften bekommen öffentliche Baugrundstücke und garantieren, dass in ihrem Wohnungsbestand genügend preiswerte Wohnungen – auch mit Wohnberechtigungsschein – angeboten werden. Wer den Genossenschaftsanteil nicht gleich zahlen kann, der kann das auch ratenweise tun.

Und wie kommt man an eine Genossenschaftswohnung? Unter www.wohnungsbau-genossenschaften.de kann man eine passende Genossenschaft suchen. Selten wird man sofort eine Wohnung finden, aber es lohnt sich, schon Mitglied zu werden und damit auf der Warteliste zu stehen. Die Chancen sind besser geworden, denn auch die Genossenschaften bauen derzeit kräftig neu.

Die bbg zum Beispiel hat gerade die „Carls Blüte“, eine neue Wohnanlage mit 168 Wohnungen in Karlshorst errichtet. Viele Mitglieder ziehen dorthin um und machen ihre Wohnungen frei.

„Es ist der typische Papiergeruch“

Der Berliner Buchhändler Jürgen Schleicher über sein Erfolgsrezept in Zeiten des Onlinehandels

Jürgen Schleicher ist SPD-Mitglied und Buchhändler – wie Martin Schulz. Ein Besuch bei „Schleichers“ in Dahlem.

Dass der Beruf des Buchhändlers wieder zum Gesprächsthema geworden ist, liegt auch an ihm: Martin Schulz. Der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat ist von Hause aus ein Buchhändler aus Leidenschaft. Er machte eine Lehre und gründete 1982 seine eigene Buchhandlung in Würselen. Martin Schulz weiß: Wer erfolgreich sein will, muss selber viel lesen. Die Lehre sei für ihn eine Art „Studium generale“ gewesen.

Jürgen Schleicher kann die Empathie nachempfinden, die Schulz für das Buch hat. Die von ihm gegründeten Buchhandlungen „Schleichers“ am U-Bahnhof Dahlem-Dorf und „Kohlhaas & Company“ an der Fasanenstraße gehören zu den angesehensten Buchläden in Ber-



Jürgen Schleicher vor seiner Buchhandlung am U-Bahnhof Dahlem-Dorf.

Foto: Ulrich Rosenbaum

lin, 2016 mit dem Deutschen Buchhandelspreis ausgezeichnet. Sein Handwerkszeug erwarb er beim Studium der Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin, und als ab 1967 die Studenten politisch wurden, be-

gann er, vor der Mensa einen kleinen Bücherstand aufzubauen und die politische Literatur anzubieten.

Weil er von Willy Brandts Ost- und Friedenspolitik überzeugt war, trat Schleicher der SPD bei. Der SPD-Ortsver-

ein Dahlem tagte damals im Gasthof Schillings (heute „Luise“). Dort stand neben der Gaststube ein 40 Quadratmeter großes Ladengeschäft leer. Schleicher mietete es, um dort seine erste Buchhandlung aufzumachen.

Jetzt konnte er nicht mehr nur politische Literatur, sondern alles anbieten, was die Verlage auf den Markt brachten. Heute liegt sein weit größerer Laden genau gegenüber.

Jürgen Schleicher weiß wie einst der junge Martin Schulz: Man muss selber viel lesen, um die richtigen Bücher nach vorne in die Auslage zu stellen und die Kunden zu beraten. „Bestseller-Listen helfen da wenig, man muss selber ein Gespür haben, was ankommt“, sagt er. Aber das ist nicht alles: Regelmäßig lädt er zu Lesungen und anderen Veranstaltungen, die meistens schnell ausgebucht sind. „Kundenbindung ist das A und O“, so Schleicher. Die Buchhandlung als Ort der Bildung: Vorbild für viele Buchhändler in Berlin war einst die Buchhandlung Elwert und Meurer, die das zum Prinzip gemacht hatte.

Sie ist, als der Berliner Buchmarkt rund um die Wende-

zeit durchgeschüttelt wurde, ebenso verschwunden wie Kiepert an der Hardenbergstraße oder im Osten der Stadt „Das gute Buch“, die „Internationale Buchhandlung“ und die „Karl-Marx-Buchhandlung“. Eine neue Groß-Buchhandlung ist mit Dussmann entstanden, und es gibt die Filialen bundesweiter Ketten.

Und dann kam der Onlinehandel. Zum Glück aber existieren viele familiengeführte Buchhandlungen wie Schleichers, die davon leben, dass die Kunden das mögen, was Martin Schulz so ausgedrückt hat: „Es ist der typische Papiergeruch.“ Jürgen Schleicher wünscht sich von seinem prominenten Kollegen, „dass er alles tut, um einen vielfältigen Buchhandelsmarkt zu erhalten und die Menschen zu motivieren, beim Buchladen im Kiez zu kaufen und die Arbeitsplätze zu erhalten“.

Ulrich Rosenbaum

Ballartisten unter Berlins Himmel Schnittmuster und Politik

Fußball-Ausstellung im Ephraim-Palais



Die Hertha-Mannschaft, die 1906 die erste Berliner Meisterschaft für den Verein holte. © Hertha BSC

Es sind wunderbare 90 Minuten. Ein Auf und Ab der Emotionen. Seit 125 Jahren oder gar mehr begeistern sich Berlinerinnen und Berliner für Fußball. Ihm widmet das Berliner Stadtmuseum im Ephraim-Palais am Mühlendamm eine aufschlussreiche Ausstellung. Anlass ist der 125. Geburtstag des Berliner Bundesligisten Hertha BSC.

Die Ausstellung auf drei Etagen fächert Berliner Fußballleben in elf Kapiteln auf. Interessante Exponate wie einen Lederfußball von 1910, den Pokal und Wimpel zur Brandenburgischen Meisterschaft von Hertha BSC 1935, ein selbstgenähtes Fußballtrikot aus der Notzeit 1948 sowie Plakate, Eintrittskarten und zahlreiche Dokumente, die von den Restauratorinnen des Museums liebevoll aufbereitet wurden. Vor allem ein reicher Fotofundus macht die Berliner Fußballszene aus Jahrzehnten anschaulich.

„Hauptstadtfußball“ widmet sich nicht nur dem lang-

jährigen Bundesligisten Hertha BSC, sondern ermöglicht einen Streifzug durch den gesamten Berliner Fußball, der mit rund 400 Vereinen mit 3.662 Mannschaften und mehr als 146.000 Mitgliedern ein sportliches Schwergewicht darstellt.

Die Ausstellung präsentiert neben dem Geburtskind Hertha BSC die große Bandbreite der Vereine. Da darf der BFC Germania aus Tempelhof von 1888 nicht fehlen, der Neuköllner Verein SC Tasmania 1900 oder Tennis Borussia 1902 aus Charlottenburg. Der BFC Union (gegr. 1966) geht auf einen Vorgängerverein aus Oberschöneweide von 1906 zurück. Die Vereine aus Hohenschönhausen ASK Vorwärts (gegr. 1951) sowie der BFC Dynamo (gegr. 1954) holten die meisten Meistertitel in der DDR.

125 Jahre Fußball in Berlin, das zeigt die Ausstellung, ist auch ein Kapitel Zeitgeschichte. Viele Vereine haben eine lange Tradition wie

der jüdische TuS Makkabi, der auf eine Vereinsgründung von 1898 zurückgeht. Erinnert wird auch an die Fußballer der Arbeitersportvereine, wie etwa an ASV Fichte am Baumschulenweg. Die Arbeitersportvereine wurden 1933 von den Nazis verboten.

Die Migrationsgeschichte Berlins spiegelt sich in der Verbandsgeschichte wider. Die Berliner Fußballlandschaft haben Vereinsgründungen von Zuwanderern bereichert, wie beispielsweise der SD Croatia oder BSV Al-Dersimspor.

Gunter Lange

Hauptstadtfußball

Ausstellung vom 26. Juli 2017 bis 7. Januar 2018
Ephraim-Palais,
Poststraße 16, 10178 Berlin
Di, Do–So 10–18 Uhr
Mi 12–20 Uhr
Eintritt: 6,00 / erm. 4,00 €
bis 18 Jahre frei
www.hauptstadtfussball.berlin
Freikarten für die Ausstellung

Ausstellung am Gedenkort für Annedore und Julius Leber

Es sieht noch nach viel Arbeit aus. Die zerfallene einstöckige Baracke muss instandgesetzt werden, das Gelände, derzeit mit einem Bauzaun gesichert, soll zu einer offenen und einladenden Begegnungsstätte werden. Freiluft-Ausstellungen erzählen regelmäßig von der Geschichte dieses Ortes: Derzeit stellen Schautafeln die Publizistin Annedore Leber vor.

Der Ort ist geschichtsträchtig. An der Torgauer Straße war die Kohlenhandlung von Julius und Annedore Leber. In einer kleinen Holzbaracke, die im 2. Weltkrieg abgebrannt ist, traf Julius Leber mit Widerstandskämpfern zusammen, die am 20. Juli 1944 das Attentat auf Hitler verübten. Der Sozialdemokrat Leber, als Innenminister einer künftigen Regierung vorgesehen, wurde von den Nazis Anfang 1945 hingerichtet.

Seine Witwe Annedore war nach dem Krieg publizistisch tätig – als Mit-Herausgeberin der SPD-nahen Tageszeitung Telegraf, die im März 1946 erschien und ab Herbst 1947 als Verlegerin der Monatszeitschrift „Mosaik“, die die Frauen im Nachkriegs-Berlin mit Politik und Demokratie vertraut machte. Politische Kommentare, Porträts über spannende Frauen, Visionen einer neuen frauengerechten Baupolitik und Reportagen aus dem Alltag der Berlinerinnen wurden ergänzt durch Modetipps und praktischen Schnittmusterbögen. In Büchern hielt Annedore Leber das Vermächtnis von Julius Leber und des Widerstandskampfes wach. Ihr Verlag zog 1950 in das neuerrichtete Gebäude auf dem Gelände der Kohlenhandlung.

Die neue Ausstellung haben Egon Zweigart, Andreas Bräutigam, Dörte Dohl und

Gerhard Wunsch vom Stadtteilverein Schöneberg entwickelt. Im Stadtteilverein kümmert sich ein eigens eingerichteter Arbeitskreis um den Gedenkort.

Nach langen Verhandlungen mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg hat der Verein im Herbst 2016 einen Nutzungsvertrag für das Gelände abgeschlossen. Zusammen mit Schulen, Bildungseinrichtungen und der Nachbarschaft, so die Vereinsvorsitzende Martina Fiebelkorn, soll ein lebendiger Lern- und Gedenkort entwickelt werden. Dafür braucht der Verein Geld. „Wir rechnen mit 5000 Euro Planungskosten, dann ist ein Antrag auf Lottomittel für die Instandsetzung möglich“, hofft Martina Fiebelkorn. Für die laufenden Kosten von etwa 12.000 Euro werden ständige Unterstützer gesucht, die auch mit kleinen Beträgen zum Erfolg beitragen können. Ebenso willkommen, so Egon Zweigart, ist tatkräftiges Anpacken: „Einfach mal helfen.“

U. Horb



Egon Zweigart, Martina Fiebelkorn und Gerhard Wunsch vom Stadtteilverein Schöneberg am Gedenkort für Annedore und Julius Leber, an dem bis zum Herbst die Ausstellung über Annedore Leber als Publizistin zu sehen ist.

Foto: Ulrich Horb

Freiluft-Ausstellung

Torgauerstr. 24-25,
gegenüber Leberstraße
10829 Berlin

Spenden: Stadtteilverein
Schöneberg e.V.,
IBAN: DE96 1002 0500
0003 1127 11, Stichwort:
Fördererkreis Lern- und
Gedenkort

Weitere Informationen:
www.gedenkort-leber.de

Gut zu wissen!

Impfberatung · Roaming-Gebühren · EU-Reisen · Zahlungsdiensterichtlinie · Label-Dschungel



Verpflichtende Impfberatung

Foto: Adobe Stock · Picture-Factory

VERPFLICHTENDE IMPFBERATUNG

In Deutschland gibt es keine Impfpflicht, aber seit Juni eine verpflichtende Impfberatung.

So sieht es das Epidemiologie-Gesetz des Bundesgesundheitsministeriums vor. Danach sind Kitas verpflichtet, jene Eltern den Gesundheitsämtern zu melden, die keine Impfberatung in Anspruch genommen haben. Bis zu 2.500 Euro Geldstrafe kann dies nach sich ziehen. Gerade in Berlin kam es immer wieder zu Masern-Ausbrüchen. Mit dem 2015 in Kraft getretenen Präventionsgesetz sind Eltern dazu verpflichtet, vor dem Kita-Eintritt ihres Kindes an einer

ärztlichen Impfberatung teilzunehmen. Schon heute können ungeimpfte Kinder vorübergehend vom Besuch einer Kita oder Schule ausgeschlossen werden.

ENDE DER ROAMING-GEBÜHREN

Jeder hat sich schon einmal geärgert: Im Urlaub schnell Bescheid sagen, dass man gut angekommen ist und schon sind etliche Cents mehr auf der Telefonrechnung. Das hat seit dem 1. Juni 2017 dank der EU ein Ende.

Ab jetzt können Sie bei Reisen in EU-Länder sowie in Norwegen, Island und Liechtenstein ohne Zusatzgebühren telefonieren, SMS

schreiben und surfen. Und auch wenn Sie im Ausland angerufen werden, entstehen Ihnen keine zusätzlichen Kosten. „Telekommunikation ist kein Bereich für Grenzen. Kosten für die Nutzer müssen sich stärker an den wirklichen Kosten der Unternehmen orientieren“, so Verbraucherschutzminister Heiko Maas. Dennoch gibt einiges zu beachten: Im Ausland den Arzt vor Ort anzurufen, ist kein Roaming, das Telefonat vom Ausland nach Deutschland aber schon. Die Roaming-Regeln gelten nicht in der Schweiz und der Türkei. Und Achtung: Auf Kreuzfahrtschiffen, Fähren und in Flugzeugen gilt die Verordnung nicht. Hier kann es zum Teil richtig teuer werden. Augen auf auch bei den Deutschlandtarifen einiger Discounter: Damit kann wirklich nur im Inland telefoniert werden.

MEHR RECHTE UND SICHERHEIT BEI EU-REISEN

Die gute alte Pauschalreise kommt nicht aus der Mode: Alt wie Jung, vor allem aber Familien greifen gerne darauf zurück. Denn: Wer eine Pauschalreise bucht, ist abgesichert.

Reiserecht in Europa war bisher uneinheitlich geregelt. Mit der EU-Pauschalreise-



Abgesichert durch Pauschalreise

Foto: Adobe Stock · Friedberg

richtlinie bekommen UrlauberInnen mehr Rechte und mehr Sicherheit. Können Reisende z.B. wegen außergewöhnlicher Umstände nicht zurückfliegen, muss der Veranstalter neben den neuen Rückflugkosten auch die Beherbergungskosten für bis zu drei Übernachtungen tragen. Auch neu: Reismängel können gegenüber dem Reiseveranstalter, also z.B. gegenüber dem Reisebüro, und müssen nicht mehr zwingend gegenüber dem Reiseveranstalter angezeigt werden.

Dafür hat man jetzt sogar zwei Jahre lang Zeit. Ausführlich Informationen finden Sie auf www.bmjv.de unter dem Stichwort Pau-

schalreise.

BEZAHLEN OHNE UNFAIRE ZUSATZGEBÜHREN

Seit dem 1. Juni 2017 ist das Wortungstüm Gesetz zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie in Kraft.

Dank der EU dürfen Händler zukünftig keinen Aufpreis mehr von ihren Kunden verlangen, wenn diese online oder offline mit gängigen Karten oder per SEPA-Überweisungen und Lastschriften bezahlen. Auch wenn etwas schief geht, gibt es jetzt mehr Schutz. So müssen Banken ihre Kunden stärker dabei unterstützen, durch Fehlüberweisungen verloren gegangenes

Geld zurückzubekommen. Wird die Kreditkarte entwendet, reduziert sich der Eigenbeitrag von 150 auf 50 Euro. Und, was in Deutschland schon lange gilt, gilt jetzt auch in allen EU-Ländern: Lastschriften können binnen acht Wochen EU-weit bedingungslos erstattet werden.

LICHT IM LABEL-DSCHUNDEL

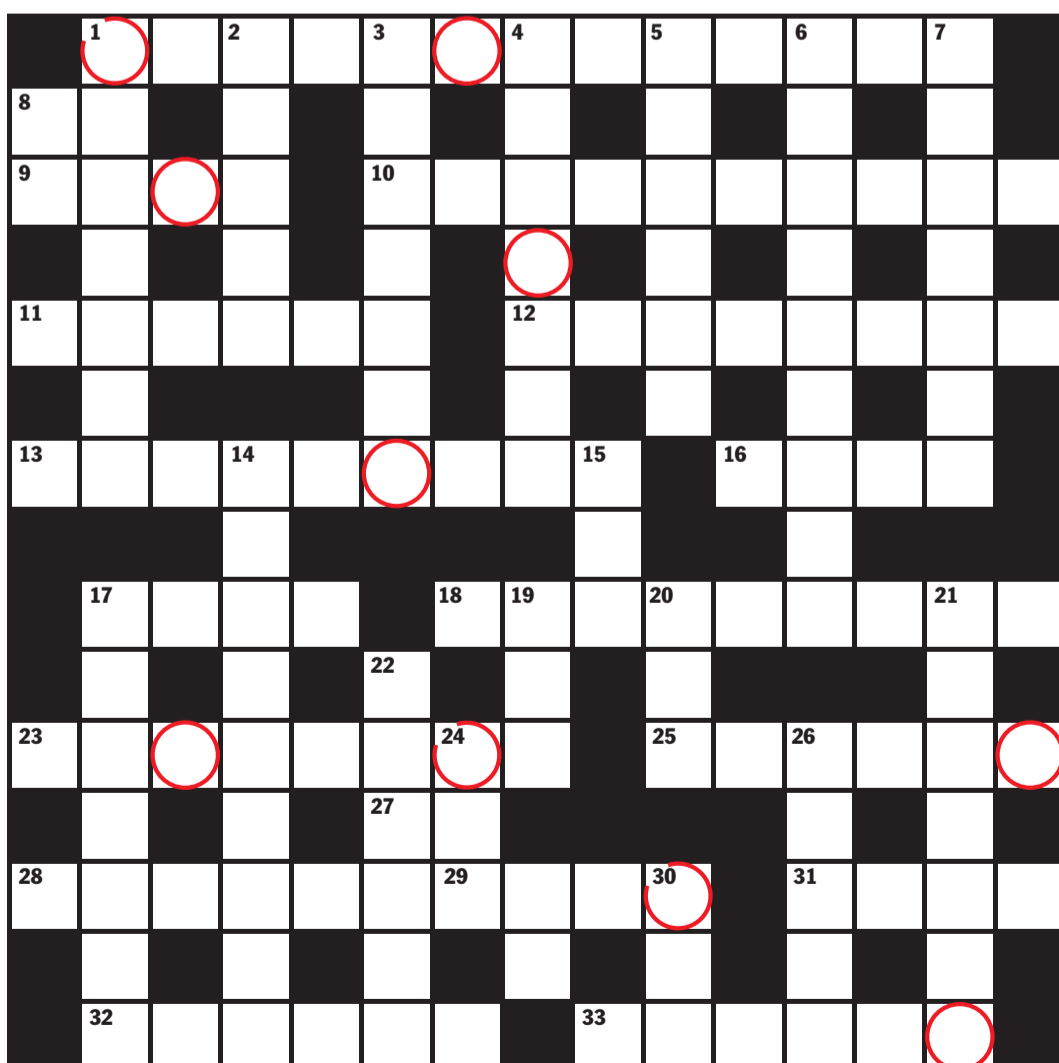
Sie sollen Orientierung geben, zum gesünderen Leben animieren oder helfen, die Umwelt zu schonen: Labels auf Verpackungen und Kleidung. Doch oft fragen sich Verbraucherinnen und Verbraucher: Welches Label steht noch mal für was?

Es gibt z.B. beim Fischkauf oder Kosmetika einfach zu viele. Auf label-online.de wird transparent und unabhängig über einzelne Labels informiert. Besonderer Clou: der Barcode-Scanner. Damit geht verantwortungsvolles Einkaufen noch einfacher.



Weitere Informationen:

Berliner Preisrätsel



WAAGERECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- 1 politisch Untaugliche
- 8 Berliner Traditionstheater (Abk.)
- 9 Studierendenvertretung
- 10 Zeit ohne Sommer
- 11 Hitzefrei im Urlaubsfieber
- 12 überraschend spielen und dealen
- 13 Schlüssigkeit
- 16 Oberseite der Handwurzel
- 17 Gutgemeinter Rat vorm Pferderennen
- 18 Schulz ./ Merkel
- 23 schwacher, natürlicher, elektrischer Strom in der Erdrinde
- 25 Jottwede ohne Arbeit und Schule
- 27 Uckermark (Kfz-Kennzeichen)
- 28 Wirklich wahre und faire Populisten
- 31 Röhre, die uns fliegen lässt
- 32 Verdienstvolle Lebensmittelverwerter
- 33 Krautige Pflanzen

SENKRECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- 1 Fachministerium, Redaktionsabteilung
- 2 Steckt man ab im Wilden Westen
- 3 Steinalter Behälter für Bier und Wein
- 4 Das tun Sie zurzeit
- 5 Traurige Begleiterscheinung
- 6 Die Aktuellste heißt „Laudato si“
- 7 Herausragendes Fremdwort
- 8 Britische Fluglinie (Abk.)
- 14 Anti-Gen zum Schlucken und Pieksen
- 15 Des Körpers allerunterste Etage
- 17 Komposition für drei Singstimmen
- 19 Angeblich sündenfrei
- 20 Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (Abk.)
- 21 Berliner, Brandenburger (und Münsteraner Fußballer)
- 22 den Schenkel betreffend (med.)
- 24 Unbezahltes Kinder mädchen
- 26 Schlimmer Begleiter des Fußballs
- 29 Technische Universität (Abk.)
- 30 Helfer gesucht

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben **einen der bedeutendsten Wochentage des Jahres 2017, nämlich den Tag des Ferienbeginns in Berlin.**

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis 31.07.2017 per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de.

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 10 Freikarten (inkl. Führung) für die Ausstellung „Hauptstadtfußball – 125 Jahre: Hertha BSC und Lokalrivalen“ im Ephraimipalais, Poststr. 16, 10178 Berlin Die Ausstellung läuft vom 26. Juli 2017 bis 7. Januar 2018.

DAS LÖSUNGSWORT

aus der letzten Ausgabe des Stadtblatts war: **MARTIN SCHULZ** Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

GEWINNE: 10 FREIKARTEN FÜR EINE AUSSTELLUNG ZUR BERLINER FUSSBALLGESCHICHTE MEHR INFORMATIONEN ZUR AUSSTELLUNG FINDEN SIE AUF SEITE 5

Danke, Tegel! Danke, aber nein Danke!

Warum der Flughafen geschlossen werden muss und ein neues Partei-Design keine neue Politik ist – Teil 1

Seit dem 4. April 2017 ist klar: Wir Berlinerinnen und Berliner entscheiden erneut über die Zukunft unserer Flughäfen. Als SPD halten wir uns dabei an den vor 21 Jahren gefassten parteiübergreifenden Konsensbeschluss zur Schließung des Flughafens Tegel nach Inbetriebnahme des neuen Hauptstadtflughafens. Im Gegensatz zur Opposition setzen wir uns für eine verantwortungsvolle Politik in der Metropolregion Berlin/Brandenburg ein.

Hohe Zustimmung...

Die höchsten Zustimmungsraten bekam das Volkbegehren in Charlottenburg-Wilmersdorf, in Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg. Allesamt Bezirke, denen der Flughafen in der Vergangenheit tolle Reisemöglichkeiten eröffnet hat. Der Anreiseweg ist kurz, die Lärmbelastung so gut wie nicht vorhanden. Aber auch in Reinickendorf – und somit dem Bezirk, der vermeintlich am meisten vom Fluglärm betroffen ist – gab es mit 16,4 % sehr hohe Zustimmungsraten.

...und was dahinter steckt

Nicht zuletzt haben viele Menschen im Volksbegehren für die Offenhaltung gestimmt, weil sie die Sorge haben, dass durch die Erhöhung der Wohnqualität im Umfeld um den Flughafen die Mieten unbezahlbar werden. Mietsteigerungen lassen sich jedoch nicht langfristig dadurch verhindern, dass es zwischen teuren und günstigen Wohnlagen ein möglichst großes Gefälle in der Wohnqualität gibt.

Als SPD werden uns nicht damit abfinden, dass das Einkommen über den Fluglärm im Wohnumfeld entscheiden soll. Es geht uns darum, einen innerstädtischen Flughafen zu schließen – und gleichzeitig das Potenzial der frei werdenden Fläche z.B. für Wohnraum zu nutzen. Denn: Das Mietenproblem wird durch den Bau von Wohnraum gelöst. Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst. Daher setzt der neue Senat genau hier beherzt an.

Motoren werden immer leiser...

Es stimmt, Flugzeugmotoren sind mit fortschreitender



Die Schließung Tegels ist seit langem beschlossen. Hier werden Wohnungen entstehen und Firmen Arbeitsplätze schaffen. Ein Ort mit Zukunft.

Foto: Schulz/Schulze

technischer Entwicklung immer leiser geworden. Dezibel um Dezibel kann eine Entlastung im Umfeld des Flughafens erreicht werden. Doch die tatsächliche Belastung ist allerdings durch den zunehmenden Flugverkehr nicht

gesunken. Kraniche werden nicht einfach zu Eulen.

...Fluglärm ist trotzdem keine Musik

Fluglärm ist mehr als nur die Musik einer Wohlstandsgesellschaft. Lärm, Abgase des verbrannten Kerosins,

schlechter Schlaf. Die gesundheitlichen Risiken steigen je näher ein Mensch am Flughafen lebt und werden in der Regel erst spürbar, wenn tatsächlich eine Beeinträchtigung eingetreten ist. Diese Risiken durch eine Offenhal-

tung den Menschen rund um den Flughafen wegen kurzer Anreisewege dauerhaft aufzudrängen, entspricht einer selbstbezogenen Logik, die einzig und allein auf dem Prinzip „was ich nicht sehe, gibt es nicht“ beruht. Doch: Ein über 40 Jahre altes Provisorium taugt hierzu nicht.

Magenta FDP: neue Farbe, alter Inhalt

Der Opposition – allen voran der FDP – geht es nicht darum, eine ausgewogene Verkehrspolitik für unsere Stadt durchzusetzen. Ihr geht es insbesondere darum, einen längerfristigen Betrieb am Flughafen Tegel zugunsten von Regierungs- und Geschäftsfliegern zu ermöglichen. Die Anträge der Partei(en) im Berliner Abgeordnetenhaus in den vergangenen Monaten machen eines immer wieder deutlich: Es soll eine Entscheidung zu Lasten von mehr als 300.000 Berlinerinnen und Berliner herbeigeführt werden, von der nur sehr wenige profitieren. Wir stehen hier klar an der Seite der Berlinerinnen und Berliner.

Mathias Schulz

THOMAS ISENBERG, MDA: „PATIENTENSCHUTZ IN KLINIKEN STÄRKEN“

QUALITÄT UND SICHERHEIT IM FOKUS

In Deutschland gibt es jährlich 500.000 Krankenhausinfektionen. Diese führen zu 15.000 Todesfällen. Auf Berlin bezogen wäre das so, als wenn pro Jahr ein bis zwei voll besetzte Jumbo-Jets einen tödlichen Crash hinlegen würden – der zudem meistens vermeidbar wäre!

Deshalb erarbeiten wir jetzt in Berlin ein Aktionsprogramm gegen Krankenhausinfektionen. Eine Anhörung im Gesundheitsausschuss zeigte, dass Vorgaben des Infektionsschutzgesetzes sowie Hygieneempfehlungen konsequenter umgesetzt, aber auch intensiver kontrolliert werden müssen – auch sei-



tens der Gesundheitsämter der Bezirke. Natürlich brauchen diese eine bessere Ausstattung. Womit wir schon beim Thema Geld wären: Mangelnde Investitionen des Landes führen dazu, dass die Krankenhäuser auf Kosten der Patienten sparen. Gelder der Krankenkassen für die Behandlung der Patienten

werden zweckentfremdet und in sonst nicht finanzierbare Bauten umgeleitet. Doch für diese Bauinvestitionen wäre eigentlich das Land zuständig! Ein heißes Thema und Schwerpunkt einer 1. Berliner Krankenhauskonferenz der SPD-Fraktion gleich zum Beginn der Legislaturperiode. Ich möchte erreichen, dass wir auf Landesebene mindestens mehrere dutzend Millionen Euro mehr vorsehen für die Kliniken. Zudem werden wir die Arbeitsverdichtung reduzieren und Ausgründungen entgegenwirken. Klar ist: Gute Gesundheit und Qualität hat ihren Preis. Die Leitplanken des Verbraucher- und Patientenschutzes in den Kliniken werden wir stärken!

Sorge um den „Leo“

Der Leo muss ein Platz für alle bleiben

Wer den Leopoldplatz heute sieht, könnte meinen, dass es schon mal schlimmer um ihn stand. Aber, aus der Trinkerszene ist eine Drogenszene geworden. Die Trinker haben sich zum Leopoldcenter zurückgezogen und in den Medien ist der „Leo“ ein Kriminalitätsschwerpunkt.

Als der Platz umgestaltet wurde, sollte er Anwohnern, Gewerbetreibende und der lokalen Trinkerszene die Nutzung und einen angenehmen Aufenthalt ermöglichen. Das Konzept, entwickelt u.a. am Runden Tisch Leopoldplatz, schien aufzugehen. Der Platz vor der Nazarethkirche wurde übersichtlicher, Sicherheitsgefühl und Aufenthaltsqualität wurden erhöht. Es gab neue

Spielflächen für Kinder und die Trinkerszene bekam einen eigenen Aufenthaltsbereich mit Toilette. Ein Platzmanagement, die Schaffung des Café Leo und der Aufenthaltsraum für die Trinkerszene Café Knorke mit seinen Sozialarbeitern schufen eine Atmosphäre, die ein Miteinander für alle am Platz ermöglichte. Bis der Platz wieder in seine alten Probleme zurückfiel. Der Grund: Es gab kein Geld mehr für Platzmanagement und Sozialarbeit. Die Kirchengemeinde versuchte es noch durch ehrenamtliches Engagement, aber das Projekt scheiterte. Bezirksbürgermeister von Dassel (Grüne) reagierte nur mit der öffentlichkeitswirksamen Forderung eines Alkoholverbots am

Leopoldplatz. Das Problem: Sowohl Kirchen-Vorplatz als auch das Leopoldcenter sind Privatbesitz und haben längst ein Alkoholverbot. Es ist nur niemand da, um es durchzusetzen.

Die Szene am Leo hat sich gewandelt und auf den neuerlichen Kriminalitätsanstieg wird man mit neuen Maßnahmen reagieren müssen – auch um zu verhindern, dass sich die Probleme vom Leo in die angrenzenden Kieze verlagern.

Die SPD Fraktion hat sich immer dafür eingesetzt, dass wieder Gelder zur Verfügung stehen. Wir als SPD gehen die Probleme am Leopoldplatz an und setzen uns dafür ein, dass der Platz wieder ein Ort für alle wird.

Susanne Fischer

Joschka Fischer? Ich kenne nur Helene Fischer!

Workshop mit Geflüchteten ging erfolgreich in die erste Runde

Da staunte Teamer Julian Zado nicht schlecht, als ihn die Teilnehmer*innen im Grundlagenseminar des Politik-Workshops für Geflüchtete „Politik machen-Mitbestimmen-SPD“ mit detaillierten Fragen löcherten: Warum muss man für die ARD Gebühren zahlen? Sind die öffentlichen Medien in Deutschland denn überhaupt unabhängig? Fehlt da nicht noch ein Ministerium bei der Aufzählung? Und wie können schon Junge in Deutschland verantwortungsvolle Positionen in Parteien haben?

Spätestens seit dem Kennlernabend war klar, dass dieser Kurs auch für erfahrene Teamer*innen eine ganz neue Erfahrung werden würde. Verwunderung und Begeisterung beiderseits mischten sich zu einer neugierigen Atmosphäre.

Viele Geflüchtete wollten an den Workshops teilnehmen. Von 52 Bewerber*innen wurden 30 Männer und Frauen ausgewählt. Neben der Motivation war ein Minimum an Deutschkenntnissen ausschlaggebend. Dennoch wurde der Workshop von einem Dolmetscher begleitet: „Es ist



Foto: Bettina Schulze

sehr schön zu sehen, wie ihr es geschafft habt, vor allem junge Menschen für Politik zu begeistern“, sagt Fuad Mousa, der selbst vor vielen Jahren aus Syrien nach Deutschland kam und schon oft für die 16. Abteilung gedolmetscht hat.

Besonderes die deutsche Gesetzgebung und das Wahlverfahren hat es den Teilnehmer*innen angetan. Dabei fiel einem der Teilnehmer auf, dass „Demokratie wichtig, aber auch sehr zeitintensiv ist mit allen den Parteien und ständigen Absprachen.“

In den Workshops lernen sie,

wie man politische Kampagnen gestaltet, wie die deutsche Parteienlandschaft aussieht und dass Joschka Fischer nichts mit Helene Fischer zu tun hat, wie ein Teilnehmer erstaunt feststellte. Ziel des Projekts ist es, Geflüchteten die deutsche Politik näher zu bringen und sie zum Mitmachen einzuladen. Damit der interkulturelle Austausch und das gegenseitige Verständnis nicht zu kurz kommen, wird das Projekt von einem Rahmenprogramm wie gemeinsamen Ausflügen begleitet.

Katrin Benzenberg und Benjamin Vrucjak

MITTES HAUSHALT

SPIELRÄUME
VERANTWORTUNGSVOLL
NUTZEN

„Uns geht es darum, dass nicht erst bei den Haushaltsberatungen in den Ausschüssen Anfang September hektische Betriebsamkeit aufkommt.“

So kann in aller Ruhe der finanzielle Spielraum überprüft werden, der sich nach langer Durststrecke dem Bezirk Mitte endlich bietet“, erklärt Andreas Hauptenbuchner, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der BVV Mitte, warum SPD, Grüne und Linke in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) den Antrag zum sogenannten Eckwertebeschluss durchgebracht haben.

Hinter dem etwas sperrigen Wort steht das Ziel, langfristig, klug durchdacht und im Sinne der Bürger*Innen Mittes Haushaltspolitik zu gestalten.

Bedarf gibt es in Hülle und Fülle. So für die Wirtschaftsförderung im Bezirk oder im Sozialbereich zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Die Mittel des Präventionsrates sollen ebenso erhöht werden wie die des Straßen- und Grünflächenamts zur Unterhaltung von Spielplätzen, zusätzlichen Anpflanzungen und für die Reinigung der Grünflächen. Auch die Mieterberatungen in Milieuschutzgebieten sollen verstärkt werden.

„Wir legen Wert auf die Fortführung von Maßnahmen, die erfolgreich waren und vergleichsweise wenig Haushaltsmittel in Anspruch nehmen – wie z.B. die Finanzierung des Schülerhaushalts und seiner externen Begleitung“, ergänzt Andreas Hauptenbuchner und fährt fort: „Allerdings fordern wir das Bezirksamt auch auf, Handlungsspielräume rigoros zu prüfen und unsere Vorschläge, die wir bewusst zurückhaltend angesetzt haben, auch angemessen zu verstärken. Ein besonders großes Augenmerk für die nächsten zwei Jahre liegt im Übrigen auf Personal und dem Bereich Bauen.“

Die SPD-Fraktion in der BVV Mitte geht zusammen mit den beiden anderen einbringenden Fraktionen davon aus, dass die Vorschläge des Antrags weitestgehend schon im Eckwertebeschluss Berücksichtigung finden und damit die vorhandenen finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten sinnvoll genutzt werden können.

Josephine Steffen

Straßenumbenennungen kommen

Die Namensfindung für die Straßen im Afrikanischen Viertel geht weiter

Im Afrikanischen Viertel im Wedding werden die Petersallee, der Nachtigalplatz und die Lüderitzstraße umbenannt. Einen entsprechenden Beschluss hatte der Bezirk bereits vor einem Jahr gefasst. Nun wird das Beteiligungsverfahren zur Auswahl neuer Namen fortgesetzt.

Nachdem in einem ersten Schritt Anwohnerinnen und Anwohner insgesamt über 100 Vorschläge für die Umbenennung eingereicht hatten, hatte eine Jury zunächst sechs neue Namen ausgewählt. In der öffentlichen Diskussion stellte sich jedoch schnell heraus, dass einer der Namen – Nzinga von Ndongo – einen fragwürdigen Hintergrund hat. Deshalb hat die Bezirksverordnetenversammlung nun beschlossen, den Prozess zur Namensauswahl fortzusetzen und dabei auch Historikerinnen und Historiker mit der Sache zu befassten. Ziel ist es nun, die in Frage kommenden Namen zu finden und dann zu diskutieren.



Hier werden bald die Namen u.a. von Widerstandskämpfern gegen den Kolonialismus stehen. Auch so bleibt Geschichte lebendig.

Foto: Schulz/Schulze

Trotz aller Kontroversen und Debatten hat der Prozess schon jetzt eines gezeigt: Es gibt eine große Vielfalt an in Frage kommenden Namen. Dabei kann es auch gelingen, einen viel geäußerten Vorwurf ins Leere laufen zu

lassen. Oft wird kritisiert, dass die Tilgung der bisherigen Straßennamen, allesamt benannt nach Kolonialverbrechern, diesen Teil der deutschen Geschichte dann ausblende. Es hat sich jedoch gezeigt, dass es viele Menschen

gab, die gegen diese Kolonialverbrecher Widerstand geleistet haben. Ehrt man in Zukunft sie, und nicht mehr die Kolonialisten, dann erinnert man weiterhin an diesen Teil der Geschichte – jedoch aus einer anderen Perspektive.

Julian Zado

Mut zur Jugend!

Die Lehren aus Brexit und Co.

Die letzten Monate waren politisch gesehen turbulent. Egal ob Brexit, Trumps Wahl zum Präsidenten der USA oder die aus sozialdemokratischer Sicht schmerzlichen Niederlagen bei den Landtagswahlen. Ergebnisse zum Freuen waren leider die Ausnahme. Betrachtet man aber das Wahlverhalten junger Menschen, so kann das für die bevorstehende Bundestagswahl nur Mut machen. Drei Lehren können daraus gezogen werden.

Erstens: Die SPD liegt klar vorne bei den 18- bis 35-Jährigen. Unsere Themen gleichen den Interessen vieler junger Leute: Mindestausbildungvergütung, soziale Mietpolitik oder das

Wahlalter 16 sind Beispiele dafür. Junge Menschen wollen gehört werden und wir verschaffen ihnen die Aufmerksamkeit, um ihre Ziele zu verwirklichen.

Zweitens: Europa, Europa und nochmals Europa! Der Wunsch einer offenen, bunten und solidarischen Gesellschaft ist ebenso tief bei jungen Erwachsenen verankert, wie der Wunsch eines geeinten Europas. Für keine andere Generation ist eine solidarische EU so wichtig wie dieser. Nachhaltigkeit und Frieden treiben die 18- bis 35-Jährigen um. Das Projekt Europa ist für sie gelebter Alltag und gerade deswegen wollen viele mehr Europa und keine Wiedergeburt der Nationalstaaten.

Wir setzen uns genau dafür ein. Und wir arbeiten durch Vernetzung und viele informelle und freundschaftliche Kontakte dafür, dass Europa konkret erlebbar wird.

Und zu guter Letzt: Raus in die Welt! Die Begeisterung der Jungen, politisch aktiv zu werden, ist ungebrochen hoch. Auf diese Euphorie haben viele Parteien kaum Antworten parat. Demokratie bedeutet aber Mitmachen und Teilhaben. Wir treffen uns schon lange nicht mehr in den Hinterzimmern. Unsere Treffen sind öffentlich. Wir setzen gezielt auf die Öffnung unserer Strukturen, sind vor Ort und suchen das Gespräch mit allen, die etwas verändern wollen.

Peter Maaf

IHRE BUNDESTAGSABGEORDNETE EVA HÖGL VOR ORT



Eva Högl (MdB) und Heiko Maas, Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz. Am 10. Juli 2017, 19 Uhr, BASECAMP, Mittelstraße 51-53, 10117 Berlin. Anmeldung an asj@spd.de.

Soziales Europa? – Eva Högl im Gespräch mit Sylvia-Yvonne Kaufmann,

Europa-Abgeordnete, Reiner Hoffmann, Vorsitzender DGB und Andrea Despot. Europäische Akademie Berlin, am 13. Juli, 19 Uhr, ExRotaprint, Gottschedstraße 3, 13357 Berlin.

Diskussion zu Pflege mit Eva Högl und Mechtild Rawert, MdB, am 14. August, 19 Uhr, Menschen helfen Menschen, Wollankstraße 58, 13359 Berlin.

Schiffahrt der Abteilung Friederichstadt und Rosenthaler Vorstadt mit Eva Högl. Donnerstag, 31. August 19 Uhr – Anlegestelle der Reederei Riedel: Haus der Kulturen der Welt. Bitte melden Sie sich an unter: friedrichstadtsdpd@gmail.de oder 030 700140251

Foto: Detlef Eden

Kennen Sie die Gartenarbeitsschule?

Abgeordnete macht sich stark für den „Blindengarten“

Viele Institutionen beteiligen sich am „Langen Tag der Stadtnatur“. So auch das Schul-Umwelt-Zentrum Mitte (SUZ) in der Scharnweberstraße. Als geborene Weddingerin bin ich mit der ehemals als Gartenarbeitsschule bekannten Institution, gegründet 1950, groß geworden.

Als bezirkliche Bildungseinrichtung bietet sie Groß und Klein auf unterschiedlichste Art und Weise nachhaltige Umweltbildung. Vor allem Kinder lernen dort durch praktische Arbeit auf den Schülerbeeten die Pla-

nung, Pflege und Ernte von Beeten.

Beeindruckend finde ich den „Blindengarten“, der bereits 1985 unter der Regie der damaligen Bezirksbürgermeisterin Erika Heß eingerichtet wurde. Auf dem ca. 900 Quadratmeter großen Gelände konnte man ca. 100 Pflanzenarten aus 36 Pflanzenfamilien erfühlen und bestaunen. Leider ist die Anlage heute dringend sanierungsbedürftig.

Zukünftig ist vorgesehen, dort vor allem Arznei- und Kräuterpflanzen zu zeigen. Die Pflanzen sollen den



Für Kopf, Herz und Verstand. Der Blindengarten soll bleiben.

Foto: Aldina Cernicica

Körperteilen der Menschen zugeordnet und damit aufgezeigt werden, welche Wirkungen die Pflanzen als Tee, Creme oder Medikament haben können, frei nach dem Motto „für Kopf, Herz und Hand“. Um den Blindengarten wieder herzustellen, bedarf es auf jeden Fall der finanziellen Unterstützung des Bezirks und des Landes. In den nächsten Haushaltsplanberatungen für den Berliner Haushalt 2018/19 werde ich mich dafür stark machen. www.suz-mitte.de

Bruni Wildenhain-Lauterbach